

Das Ende der Arbeitsgesellschaft: Kampf um Vollbeschäftigung (Hartz-Gesetze) oder Übergang in die Tätigkeitsgesellschaft (Recht auf Einkommen)

Aktuelle Situation

- Sockelarbeitslosigkeit steigt, kann nicht mehr abgebaut werden
- teilweise keine existenzsichernde Löhne mehr
- Sozialkassen sind leer => Sozialleistungen zum Großteil aus Steuern finanziert
- zuviel Bürokratie
- **Strukturwandel**
 - Tertiärisierung
 - Fourastiés Fehlprognosen (nahm an tertiärer Sektor würde alle Arbeitslosen aus anderen Sektoren aufnehmen => Schwammtheorie; wusste nicht von Erfindung des PCs/Automatisierung)
 - veränderte Güternachfrage + Produktivitätsfortschritte => Veränderung der Arbeitskräftenachfrage

Hartz-Gesetze

- Teil der Agenda 2010
- Prinzip der Chancengerechtigkeit
- nach dem Grundsatz der neuen aktivierenden Sozialpolitik begründet durch Schröder und Blair (Fördern und fordern)
- Wesentliche Elemente der Hartz Reform
 - Jobcenter(Arbeitsvermittlung verbessert)
 - übernimmt auch Arbeitsmarkt bezogene Aufgaben von anderen Ämtern => Effizienzsteigerung
 - Bevorzugung von Familien
 - da die für andere Menschen zusätzlich Verantwortung tragen => Bevorzugung
 - neue Formulierung von Zumutbarkeit
 - Zumutbarkeit in Abhängigkeit von Lebenslage (alleinstehend/Familie) + differenzierte Sanktionen bei Verweigerung von Arbeitsangeboten
 - Jugendliche bevorzugt
 - verstärkte Einsetzung der jugendliche in Ausbildungsstellen
 - Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe(ALGI,ALGII/Sozialhilfe)
 - ALGI mind. 6 Monate gearbeitet => 12 Monate ALGI
 - Danach direkt Sozialhilfe/ALGII (Betrag des ALGII unterhalb vorheriger Sozialhilfe)
 - PSA Personal-Service-Agentur
 - Vermittlung von Zeitarbeit mit Option zum übernehmen(schnell wieder in den Arbeitsmarkt einführen)
 - Bei Ablehnung, der angebotenen Jobs => Leistungskürzung
 - Bonus für Unternehmen, die zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen, für Arbeitslosenversicherung und Option auf ein Darlehen
 - Minijobs, Ich-AGs zur Schaffung neuer Arbeitsplätze
 - Einführung der Hartz I – IV Reform von 2003 - 2005
 - Kritik:

- Möglichkeit wie die Nachfrage nach Arbeit oder Wirtschaftswachstum gesteigert werden kann wurden nicht in Betracht gezogen
- Aufteilung von Stellen in mehrere nicht existenzsichernde Minijobs
- Missbrauch von Ich-AGs
- nicht erreichen der zu hohen Ziele (Halbierung der Arbeitslosenzahlen in 4 Jahren)
- unterschätzte Kosten
- durch Bedarfsgemeinschaften wird das Subsidiaritätsprinzip verändert
- kein Sinn: Bestrafung der Arbeitslosen, da die arbeiten wollen es jedoch kein Angebot an Arbeit gibt
- Zumutbarkeitskriterien
 - die Arbeit ist nicht den Qualifikationen entsprechend
 - Lohngefüge wird durch diese billigen Arbeitskräfte aus den Fugen gebracht
 - Mobilitätswang => Störung sozialer Verhältnisse

Wandel der Arbeitswelt

Brose Arbeitswelt

- „desk sharing“ mobile Arbeitsplätze
- Leistungsbezogene Entlohnung
- papierlos, alles über ausgebauter IT – Infrastruktur
- variable, projektbezogene Arbeitszeiten
- Freizeitangebote durch Arbeitgeber

Fujitsu Siemens

- Abstimmung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer je nach Projektlage
- Leiharbeiter
=> mit gleicher Effizienz Produktion von 1000 bis 10000 PCs

Grundeinkommen

- bedingungslos
- mehr Freiheit, Demokratie, Menschenwürde
- Unabhängigkeit
- weil Massenarbeitslosigkeit und niedrige Löhne eine neue Unterschicht bilden (Ausgrenzung einer ganzen Gruppe)
=> es ist für viele nicht mehr möglich Einkommenssicherung über ihre Arbeit zu erreichen
- Arm-Reich-Schere vermeiden
- motivierte Arbeiter durch freiwillige Arbeiter
- dadurch das Arbeiten nicht mehr notwendig ist sind die Arbeiter nicht mehr abhängig von den Arbeitgebern
- Tätigkeitsgesellschaft gefördert => neue Möglichkeiten der Sinn-, Identitäts-, und Integrationsstiftung
- keine Überprüfungen mehr von Angaben nötig
- durch garantierte Existenzsicherung, Möglichkeit zur Einmischung in politische Fragen
- Abbau von staatlicher Bürokratie

Modelle des Grundeinkommens

<p><u>Bürgergeld, CDU – monatlich 400 oder 800 Euro</u></p> <p>Für wen: Deutsche Staatsbürger</p> <p>Bedingungen: 200 Euro "Gesundheitsprämie" muss jeder selbst zahlen</p> <p>Betrag pro Monat: Entweder 800 Euro bei 50 % Einkommenssteuer oder 400 Euro bei 25 % Einkommenssteuer. Kinder bis vollendetes 14. Lebensjahr: 500 Euro.</p> <p>Sozialleistungen: Gehen alle im Bürgergeld auf. Zuschläge für Bedürftige sowie Zusatzrente</p> <p>Finanzierung: Alle Sozialleistungen gestrichen. 50 % oder 25 % Einkommenssteuer, die mit dem Bürgergeld verrechnet wird. Zusätzlich eine Lohnsummensteuer</p> <p>Kosten pro Jahr: 600 Milliarden Euro</p>	<p><u>Grundeinkommen, Götz Werner – monatlich 650 bis 1.500 Euro</u></p> <p>Für wen: Deutsche Staatsbürger</p> <p>Bedingungen: Keine</p> <p>Betrag pro Monat: 650 Euro. Schrittweise Erhöhung auf 1.500 Euro</p> <p>Sozialleistungen: Gehen alle im Grundeinkommen auf. Keine Angabe zu Krankenkassen. Zulagen für Langzeitarbeitslose, Rentner und Behinderte</p> <p>Finanzierung: Alle Sozialleistungen gestrichen, ca. 50 % Mehrwertsteuer ("Konsumsteuer"), alle anderen Steuern abgeschafft(gehen aber auch schon heute im Preis des Produktes auf, jedoch nicht sichtbar) Arbeit wird billiger keine Kapitalflucht da keine Einkommens oder Vermögenssteuer Entbürokratisierung</p> <p>Kosten pro Jahr: 643 Milliarden bis 1.483 Milliarden Euro</p>
<p><u>Grundsicherung, Bündnis90 / Grüne – monatlich 400 bis 700 Euro</u></p> <p>Für wen: Deutsche Staatsbürger</p> <p>Bedingungen: Keine, Zulagen je nach Bedürftigkeit</p> <p>Betrag pro Monat: Kinder 400 Euro, Erwachsene 500 Euro, Rentner bis 700 Euro</p> <p>Sozialleistungen: Zulagen für Arbeitslose, Rentner, Behinderte. Krankenversicherung aus Steuermitteln</p> <p>Finanzierung: Viele Sozialleistungen gestrichen, 25 % Einkommenssteuer und 25 % Grundsicherungsabgabe auf zusätzliches Einkommen, höhere Steuern für Konsum, Vermögen, Umwelt usw</p> <p>Kosten pro Jahr: 893,4 Milliarden Euro</p>	<p><u>Liberales Bürgergeld, FDP – keine mon. Summe genannt</u></p> <p>Für wen: Deutsche Staatsbürger</p> <p>Bedingungen: Prüfung durch Finanzamt</p> <p>Betrag pro Monat: Noch keine konkreten Zahlen. Die Höhe des Bürgergeldes setzt sich aus Pauschalen zusammen, zum Beispiel für Lebensunterhalt, Unterkunft, Krankenkasse. Grundlage der Berechnung sind alle Erwachsenen und Kinder in der "Bedarfsgemeinschaft".</p> <p>Sozialleistungen: Alle Sozialhilfen gehen im Bürgergeld auf</p> <p>Finanzierung: Verzicht auf steuerfinanzierte Sozialhilfen. Steuern und Bürgergeld werden verrechnet (negative Einkommenssteuer). Bei einem Einkommen bis 600 Euro brutto darf die</p>

Bedarfsgemeinschaft 40 % des Bürgergeldes behalten. Bei bis zu 1.200 Euro sind es 20 %. Bei höherem Einkommen bleibt ein Freibetrag von 10 %.
Keine herkömmliche Einkommenssteuer.
Kosten pro Jahr:
Nicht genannt